

Bergabbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3

Telefon: Dönhoff 292-293

Tele-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

7 Goldpfennig

70 Milliarden

Mittwoch

20. Februar 1924

Berlin und Anzeigenabteilung

Verleger: Dornowitsch-Verlag GmbH

Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3

Telefon: Dönhoff 2800-2801

Günstige Aussichten in Paris.

Paris, 20. Februar. (Eca.) Zu den gestrigen Sitzungen der Sachverständigenausschüsse schreibt der „Petit Parisien“: Der gestrige Tag ergab in den Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses besonders in zwei Punkten einen wesentlichen Fortschritt, zunächst in Zusammenarbeit mit dem Reichsbankpräsident Dr. Schacht für die Statuten einer zukünftigen Goldnotenbank. Ferner habe der Unterausschuss des ersten Ausschusses für Budgetfragen die Redaktion ihres Berichts beendet, den der Ausschuss in der heutigen Sitzung prüfen wird. Die Eisenbahnfrage sei von dem ersten Ausschuss noch nicht eingehend behandelt worden, werde jedoch gegen Ende der Woche besprochen werden. Die einmütige Übereinstimmung, so fährt der „Petit Parisien“ fort, die zwischen den Sachverständigen über zwei der wichtigsten Punkte erzielt worden sei, lasse ein gutes Gesamtergebnis erwarten.

Ueber die Anhörung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht meldet das Blatt folgendes: Dem Unterkomitee für die Goldnotenbank machte gestern nachmittags Dr. Schacht einige Angaben über die von ihm geplante Goldkreditbank, die er so schnell wie möglich ins Leben rufen möchte. Diese Bank soll mit einem Kapital von etwa 10 Millionen Goldmark gegründet werden, das in der Hauptsache von englischen Finanzleuten gestellt werden soll, die ihre Mitwirkung Dr. Schacht auf seiner Londoner Reise zugesichert hätten. Die neue Bank werde aber unter voller Verantwortung Dr. Schachts gegründet werden, da nach seiner Ansicht diese Goldkreditbank in der Goldnotenbank aufgehen soll. Da auch die Rentenbank und vielleicht sogar die Reichsbank zu genommen werden sollten, möchten sich die Sachverständigen auch mit der Goldkreditbank nach dem Plan des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht beschäftigen, der ihnen die Statuten dieser Bank mitgeteilt habe. Er habe mit den Sachverständigen die Statuten der Goldnotenbank in einem Umfange besprochen, daß eventuell eine Fusion der beiden Institute in die Weltlichkeit umgewandelt werden könne. Diese Arbeit sei fast beendet worden. Dr. Schacht werde nach Berlin abreisen, um mit dem Unterkomitee Besprechungen abzuhalten, deren Datum noch festgesetzt werden soll.

Der Bericht der Sachverständigen.

Poincaré grundsätzlich einverstanden.

Paris, 20. Februar. (U.) Laut „Chicago Tribune“ liegt der Schlusssatzbericht des Komitees Dawes in seinen Grundumrissen nunmehr vor. Er wurde Poincaré gestern von dem französischen Delegierten Parmacaster mitgeteilt. Der Bericht sieht die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und eine rein geschäftliche Lösung des Reparationsproblems vor. Poincaré hat sich grundsätzlich mit den Schlussfolgerungen des Berichtes einverstanden erklärt. Im einzelnen haben die Sachverständigen folgende Gedankenansätze in ihrem Bericht entwickelt:

1. Verzicht auf die Kontrolle der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet im Austausch eines allgemeinen Vandalrechts auf die deutschen Eisenbahnen.

2. Begründung einer Emissionsbank mit einem Kapital von 300 Millionen Goldmark. Bekanntlich soll der Sitz dieser Bank ins neutrale Ausland verlegt werden. Ihre Direktoren sollen aus den Finanzpersönlichkeiten irgendeines neutralen Landes erwählt werden.

3. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Gefundung Deutschlands wird der Fortfall der verschiedenen französisch-belgischen Dienststellen, insbesondere der Micum, verlangt.

4. Die Sachverständigen haben sich auf besonderen Wunsch der französischen Regierung damit einverstanden erklärt, daß Deutschland nur ein zweijähriges und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, ein dreijähriges Moratorium zugestanden werde.

Der Text des Berichts befindet sich in den Händen zweier Beamter, die damit beauftragt sind, den definitiven Wortlaut aufzulegen und auch den englischen Text zu bearbeiten. Der „Chicago Tribune“ zufolge dürfte der Bericht noch vor dem 5. März der Reparationskommission unterbreitet und gleichzeitig bekanntgegeben werden. Alles läßt darauf schließen, daß die Sachverständigen in der Abfassung ihrer Schlussfolgerungen ein und derselben Meinung sind. Das Widerstreben Frankreichs gegen den Verzicht auf die Ruhränder hat angesichts der neuesten Frankfurter Nachrichten die Rede, und man versichert, daß die Frage der Militärkontrolle in Deutschland sowie der militärischen Sicherung Frankreichs einer besonderen Lösung harret.

Abrüstungsdebatte im Unterhause.

Zusammenprall zweier Weltanschauungen.

London, 20. Februar. (W.B.) Im Unterhaus brachte gestern der frühere Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare die angelegentliche Resolution ein, die besagt, das Unterhaus habe den ersten Wunsch, daß die militärischen Rüstungen soweit eingeschränkt werden, wie es mit der Sicherheit und Unverletzlichkeit des britischen Reiches sich verträgt. Es irrt jedoch grundtätig, daß ein, daß Großbritannien eine Luftflotte zum Schutze der Heimat besitzen müsse, die stark genug sei, um angemessenen Schutz für Luftangriffe durch die stärkste Luftmacht innerhalb der Reichweite der britischen Küste zu gewähren. Der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium Beach erklärte, der Ausbau der Luftflotte werde fortgesetzt werden in der Weise, wie ihn die letzte Regierung vorgeschlagen habe. Doch werde die neue Regierung jede Bewegung zugunsten der Verminderung der Rüstungen sich zunutze machen. Er sei nicht in

Schrecken gesetzt durch den Unterschied der Stärken der französischen und der britischen Luftstreitmacht, er glaube an die Aufrichtigkeit der französischen Absichten. Die einzige angemessene Verteidigung sei eine Veränderung in der internationalen Atmosphäre. Beach erklärte ferner, die Nationen, die sich am meisten vorbereiteten, beständen die meisten Kräfte. (Aufe: „Nein!“ bei der Opposition.) Bereitschaft sei nicht die beste Waffe in der Diplomatie, die beste Waffe sei eine gerechte Sache.

Wenn die Völker Frieden wollten, so müßten sie sich für den Frieden vorbereiten.

(Beifall bei der Arbeiterpartei.) Die augenblickliche Regierung bereite sich auf Frieden vor. Die Regierung würde eine neue Washingtoner Konferenz für die Luftstreitkräfte begrüßen und würde alles tun, was in ihrer Macht liege, um eine derartige Konferenz möglichst zu machen. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Der ehemalige liberale Minister Seely erklärte unter dem Beifall der Konservativen, die Rede Beachs sei unbefriedigend, und die Liberalen sollten dagegen opponieren.

Der Staatssekretär für die Kolonien Thomas erklärte, das Ziel und der Zweck aller Völker müsse in der Richtung des Friedens und der Abrüstung liegen. Das erste Ziel der Regierung sei, Vertrauen zu schaffen.

Das konservative Mitglied Sueter meinte, er könne nicht verstehen, wie Mitglieder des Hauses in der augenblicklichen Lage Europas über die Abrüstung sprechen könnten. Das Mitglied der Arbeiterpartei Kennworthy erklärte, die einzige gesunde Methode der Verteidigung sei die, daß man in der Lage wäre, das andere Volk anzugreifen. Durch die ganze Debatte habe sich der Gedanke gezogen, daß England sich in der Luft gegen Frankreich bewaffnen müsse. Das einzige Mittel sei eine allgemeine Abrüstung und eine internationale Polizeistreitmacht.

Wenn man einen neuen Krieg begäuge, so würde sich das Volk in Verwirrung ergehen und das gegenwärtige Gesellschaftssystem stürzen.

Bei Schluß der Sitzung lehnte es der Sprecher ab, eine Abstimmung über Hoares Resolution zuzulassen mit der Begründung, daß die Debatte über diese wichtige Frage bei der Erörterung des Etats für das Luftfahrtwesen fertiggestellt werden sollte. Infolgedessen trat eine Vertagung ein.

London, 20. Februar. (U.) Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel zu der gestrigen Unterhausdebatte über die Luftverteidigung, es sei wahrscheinlich, daß nur der sehr vernünftige Entschluß des Sprechers, einen Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen, die Regierung vor einer Niederlage im Unterhause gerettet habe. Niemand im Enstand nehme auch nur einen Augenblick an, daß Feindseligkeiten zwischen so alten und bewährten Alliierten und Freunden, wie Frankreich und England, entstehen könnten. Trotzdem sei es wahr, daß ebenso wie England den Einrückungsstand für die Flotte aufrechterhalte, obgleich Krieg mit den Vereinigten Staaten undenkbar sei, es ebenso eine Luftverteidigung für die Heimat haben müsse, die fähig sei, die englische Küste sogar gegen die unwahrscheinlichsten Angriffe zu verteidigen. Es könne nicht oesart werden, daß die Antwort des Unterstaatssekretärs für das Luftfahrtwesen auf die verschiedenen von Hoare gestellten Fragen als befriedigend befunden wurde.

Die Kontrolle der deutschen Rüstungen.

England für Abbau der Kontrolle.

London, 20. Februar. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, in britischen amtlichen Kreisen sei man in der Frage der künftigen Kontrolle deutscher Rüstungen für Annahme der vorläufigen Kompromißlösung, die im Spätherbst des Jahre 1922 vor der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes aufgestellt wurde. In diesem Falle würde die gegenwärtig tätige und kostspielige Kommission ersetzt werden durch einen weit kleineren Garantieausschuss, der sich auf die Vollendung der Entwaffnung Deutschlands in wirklich wichtigen Punkten, wie Artillerie, Tanks, Luftfahrt und Giftgasfabriken konzentrieren würde, statt auf geringere Waffen und Fortorganisations. Die Kräfte dieses kleineren Ausschusses können, wie im Jahre 1922 angeregt worden sei, von den Alliierten getragen werden, und die Kontrolle dieses Ausschusses würde Inspektionen durch den Völkerbundrat (Artikel 213 des Versailler Vertrags) den Weg ebnen.

Die Börse in Sorgen.

Die Börse verkehrte heute wieder in völlig lustloser Stimmung. Die Kurse lagen fast auf der ganzen Linie wieder schwächer. Die Ursachen dieser Stagnation des Geschäftes liegen teils auf politischem, teils auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Möglichkeit einer baldigen Auflösung des Reichstages wirkt naturgemäß lähmend auf die geschäftliche Unternehmungslust. Man sieht ohnehin die innerpolitische Lage neuerdings wieder als unsicher an. Daneben mahnen natürlich auch die in Paris heranreisenden schwerwiegenden Entscheidungen zur Zurückhaltung.

Es kommt hinzu, daß fortgesetzt aus Bankkreisen erhebliche Abgaben von Effekten erfolgen. Heute sprach man wieder davon, daß eine Inflation zu befürchten sei. Näheres hierüber ließ sich mit Sicherheit bisher nicht ermitteln. Zweifellos sind verschiedene kleine Bankfirmen, die in der Inflationsperiode entstanden, durch die anhaltende faule Tendenz der Börse in eine gewisse Bedrängnis gekommen, zumal die Spesen sich eher vergrößert als verringert haben.

Am Geldmarkt zeigt sich keinerlei Veränderung. Im Devisenverkehr dagegen macht sich neuerdings eher eine Zunahme der Nachfrage geltend.

Es ist etwas faul . . .

Das „freie Spiel“ der Spekulanten.

P. V. Kopenhagen, 17. Februar.

Der dänische Folkething hat eben eine 14tägige hochpolitische Debatte beendet. Die Forderung eines Nachtragsetats durch die liberale Regierung gab Anlaß, das Treiben jener Unternehmer und Börsenspekulanten zu beleuchten, die die Neutralität Dänemarks zu benutzen angaben, um Kopenhagen zu einem Hauptgeldmarkt und Umschlagplatz Europas zu machen. Die Opposition, Radikal-Bürgerliche und Sozialdemokraten, hatte durch die — nach der dreimaligen Pleite der größten Bank Dänemarks, der Landmannsbank unvermeidlich gewordene — Untersuchung des Gebahrens der Bankleitung wichtiges Material erlangt. Politisch ist dieses Material insofern wichtig, als jene Leiter der Landmannsbank sich als finanzielle Ratgeber der Regierung entpuppten. Schritt für Schritt hatte besonders die Sozialdemokratie sich die Offenlegung des — höflich ausgedrückt — eigentümlichen Verhältnisses, das den Kreis der Großspekulanten um Direktor Glückstadt herum mit der liberalen Regierung im allgemeinen wie mit einzelnen Ministern im besonderen verband, erkämpft. Genosse Stauning sagte nicht ganz mit Unrecht, daß es aussehe, als ob allein die sozialdemokratischen Minister sich von allen zweifelhaften Geschäften freigestanden hätten. Und es ist nur die Jowleso in diesem Sommer fällige Wahl gewesen, die die Opposition veranlaßte, nicht sofort den Rücktritt der heftig kompromittierten Regierung zu verlangen.

Es würde zu weit führen, die Geschichte der Landmannsbank wiederzugeben, und doch verdient sie als ein Musterbeispiel, wie das Finanzkapital den Krieg zu gemeinstem, profitungrigstem Börsengeschäft benutzte, erzählt zu werden. Ein Beispiel hier nur dafür, in welchem Umfange und wie die Bank in Valuta spekulierte. Nach der Berechnung der Sachverständigen haben die Kunden der Landmannsbank von 1914 bis 1921 in Valutaspekulationen 15 Millionen Kronen verdient, aber 46 1/2 Millionen verloren, während die Bank in eigener Valutaspekulation 9,6 Millionen Kronen verlor, aber 47,4 Millionen gewann! So gut also beriet diese angelegene und größte Bank ihre Kunden, daß diese nicht 31 1/2 Millionen verloren, während sie selbst netto 37,8 Millionen auf demselben Felde gewann! Noch nicht ganz klargelegt ist auch die ausgedehnte Verbindung der Bankleitung mit ausländischem, z. B. New Yorker und Londoner Finanzkapital. Nur das eine hier: daß sie ständig Regierung wie Kommunen zu Auslandsanleihen rief, bis natürlich durch ihre Vermittlung gehen mußten, wobei nicht nur reichliche Provision, sondern durch allerhand Manipulationen in Ausbändigung und Rückkauf der Anleihebestände auf Kosten der Staats- und Kommunkassen glänzende Geschäfte mit den Kursbewegungen der dänischen Krone machte. Dafür hatte der Staat dann die Ehre, dreimal die zugrunde spekulierte Bank wiederaufzurichten, um nicht die dort eingeleiteten allgemeinen Gelder und Konten der Wirtschaft gänzlich verlorengehen zu lassen. Selbst unsere Genossen mußten seinerzeit der staatlichen Wiederaufrichtung der Bank zustimmen.

Hat die Direktion der Landmannsbank in ihren Valutaspekulationen und Anleihevermittlung „eine glückliche Hand“ (die hinterherum nahm, was sie vorherum gab) befehlen, so brach sie sich den Hals mit ihren oben erwähnten weitgespannten wirtschaftlichen Unternehmungen. „Transatlantische Kompagnie“ und andere hochtrabend benannte Unternehmungen endeten und mußten enden mit einem Fiasko, das das gesamte dänische Wirtschaftswesen bis auf den Grund erschütterte und dessen Folgen noch heute im Fall der Krone und einem überfliegenden Konsum der „besten“ Kreise zum schlimmsten Nachteil Dänemarks nachwirken. Ungefähr 300 Millionen kostete die Landmannsbank bisher der dänischen Nationalbank, der Schaden, den sie den dänischen Staats- und Kommunkassens durch ihre Anleihevermittlung schlug, wird sich erst in Zukunft erweisen, der Schaden, den sie der dänischen Wirtschaft und damit vor allem dem dänischen Arbeiter verursachte, ist unübersehbar. Aber nicht die Landmannsbank, nicht Kopenhagen allein, die „große“ Finanzwelt in Paris, London, New York hat kräftig mitgespielt in diesem dem dänischen Volk so teuer gekommenen Konzent.

Und hier liegt die Warnung für Deutschland. Auch Deutschland soll ja nun keine Auslandsanleihe bekommen. Die deutsche Sozialdemokratie wird aus dem Posten sein müssen, um zu erlangen, daß diese Auslandsanleihe wirklich eine Anleihe für Deutschland und nicht ein Kleingeschäft des Finanzkapitals auf Kosten Deutschlands wird. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich zusammenreißen müssen, um zu verhindern, daß nun nicht auch für Deutschland eine „Gründerzeit“ wie für Dänemark mit darauf folgender Wirtschaftskrise kommt, wie sie unser Nachbar noch durchmacht.

Auch die Jahresbilanz 1923 der Landmannsbank zeigt, ebenso wie die Unterbilanz des Staatshaushalts, daß Dänemarks Geldwesen noch nicht aus der Krise heraus ist. Sie bringt neue Abschreibungen auf Grund verfallener Unternehmungen, verbraucht ungefähr das ganze Vorjahrskapital, das ihr die Nationalbank zur Verfügung stellte, und arbeitet mit sehr unsicheren Faktoren, wie es z. B. die Forderungen an Rußland sind. Es ist kein Wunder, daß die Börse diese Bilanz mit einem erneuten Sturz der Krone beantwortet. Vielleicht ist es auch kein Wunder, daß diese angreifbare Bilanz ausgerechnet einen Tag nach Abschluß der großpoli-

lischen Debatte herauskam. Die Regierung ist sie ebenso wenig zu festigen geeignet wie die Verbrauchssteuern, ein wenig als Luxussteuer frisiert, die diese sich hat noch schnell bewilligen lassen. Es geht eben nicht mit „dem freien Spiel der Kräfte“, vor allem nicht, wenn sich so gerissene Profitiers wie die Herren von der Börse als Drahtzieher betätigen. Die liberale Regierung muß es erleben, daß selbst der Großhandel sich für die Importregulierung auspricht, der Förderung, die unsere dänischen Genossen andauernd und von den Ereignissen unterlöst erhoben haben.

Eine gute deutsche Handelspolitik muß zu erreichen wissen, daß auch die Importregulierung den engen und großen Handelsverkehr zwischen Deutschland und Dänemark erhält. Deutschland hat, nicht nur aus Sympathie für den stammverwandten Nachbar, größtes Interesse für eine solide und stabile Finanz- und Wirtschaftslage Dänemarks. Es besteht Aussicht, daß die kommenden Wahlen einen Systemwechsel bringen, der eine festere und zur Gesundung führende Wirtschaftspolitik des Staates verbürgt. Eine solche liegt auch im Interesse Deutschlands als des ersten Exporteurs für Dänemark.

Anträge der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm heute vormittag die Berichte ihrer Ausschüsse über die von der Reichsregierung erlassenen Verordnungen entgegen. Die Ausschüsse legten zu den Verordnungen der Regierung eine größere Anzahl von Abänderungs- und Aufhebungsanträgen vor, die in mehrstündiger Aussprache durchberaten wurden. Noch heute werden diese Anträge im Reichstoge eingebracht werden.

Fort mit dem Reichstag!

Her mit der Monarchie!

In einer Versammlung der deutschnationalen Beamenschaft machte Westarp die Mitteilung, die deutschnationale Reichstagsfraktion werde in der kommenden Woche die Auflösung des Parlaments beantragen.

Im übrigen bewegte sich die Versammlung durchaus in jenem Fahrwasser, in das sich zu begeben die völkische Konkurrenz die Deutschnationalen drängt. Westarp vertieg sich zu der geschmacklosen Behauptung, dem deutschen Volke wäre wohlher gewesen, wenn sich Poincaré an Bord des verunglückten Luftkreuzers Digmuden befunden hätte. Er schloß mit den Worten, für Deutschland gäbe es nur zweierlei: den Kampf um die Weltmacht oder völlige Verfallung.

Der deutschnationale Abgeordnete Dellerde holte zum ersten Mal wider die bisher so ängstlich verborgene Krone aus dem deutschnationalen Karamellkasten heraus. Das alte Berufsbeamtentum, das mit dem Landesherrn aufs engste verbunden gewesen sei, sei heute verschwunden und eine Wiederherstellung des pflichtbewussten Berufsbeamtentums sei nur möglich nach einer Wiederkehr der hohenzeitlichen.

Der Abgeordnete Ebersbach stellte eine Besserung nur für den Fall in Aussicht, wenn das Volk zu den Waffen griffe, um durch den Befreiungskrieg aus dem Elend herauszukommen. Nach den nächsten Wahlen werde man den Saustall gründlich ausmisten. Beamtentum und Monarchie seien unlöslich miteinander verbunden.

Wir können dieses offene Bekenntnis zum Verfallungsbruch nur begrüßen. Es zeigt, wohin die Deutschnationalen den Karren zu stoßen gedenken. Wir sind neugierig, was die bürgerlichen Mittelparteien auf diese Kampfanzeige gegen Verfassung und Vernunftspolitik zu sagen haben werden.

Eine bürgerliche Arbeiterpartei? Zu der unter dieser Ueberschrift in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 10. d. M. veröffentlichten Notiz wird uns vom Vorstand des Bundes der leitenden Angestellten und Beamten (Vutab) mitgeteilt, daß er der Neugründung fernsteht und daß der Vutab auch nicht beabsichtigt, seine parteipolitische Neutralität oder sein gewerkschaftliches Programm aufzugeben.

„Kolumbus“ im Schillertheater.

Im Charlottenburger Schwesterhaus des Staatstheaters wurde Kunstpolitik getrieben. Der Bühnenvolksbund, der die katholische Weltanschauung auf der Bühne ehren will, hatte sich an manchen hohen Stellen Gehör verschafft. Der Bund ist im katholischen Deutschland sehr stark. Ernste Männer, denen ein modernes, vom blühenden Talent genährtes Theater am Herzen liegt, befohlen es jedoch, daß sich die Kapläne hier in Dinge mischen, die sie nur mit der Gesinnung und nicht auch mit der freien Kunstliebe betreiben. Das Staatstheater hat sich bestimmt keiner Strömung zu verschließen, wefern das Strömende und Fruchtbringende im Genium mit der Glaubensbegeisterung zusammenklingt. Franz Johannes Weinrich verdiente es bisher jedoch nicht, daß er von seinen Anhängern zum Herold ausgerufen wird. Er ist ein jugendlicher Stümper, der sich an der Dramei und der Weltgeschichte allzu leichtfertig und kindisch vergeht. Was ihm als Inbrunst aus dem Tintenfaße quillt, ist ein wenig lobenswerter Dilettantismus, den das spanische Glaubensdrama des Calderon de la Barca anfeuerie. Doch Weinrichs Beispiel ist eher Väterung. Er spintierete sich mit seiner engen Phantasie und seiner noch engeren Weltanschauung 16 Bilder einer holprigen Kolumbus-Tragödie zurecht.

Diese 16 Bilder zeigen den Weltentdecker in skandalösen Verwicklungen. Ihm erschwert nicht nur das kastilische Königspaar die lähne Fahrt, sondern auch ein portugiesischer Redenduhler, der zugleich den Forscherruhm und die züchtliche Gattin des Christoph Kolumbus erringen will. Wortkumpen des Portugiesen sollen den Seefahrer befehligen. Die Wörter treffen nur die Gattin Beatrice, und Kolumbus segelt todestraurig und todesmüde nach Westen. Den Mörder der Gattin läßt er aber nackt an den Mast schmieden. Er betritt die neue Welt, deren Königin ihn als weißen Heiland und Vater legendärer Heldensöhne, aus ihrem fürstlichen Schöße zu gebären, begrüßt. Kolumbus hat keine Zeit für dieses Abenteuer. Nach Spanien eilt er zurück, um den kastilischen Majestäten die frohe Botschaft und das exotische Gold zu bringen. Gegen den Willen des künftigen Vaters hat er den Thronerben, einen herrlich schwärmenden Jüngling, auf die Entdeckungsfahrt mitgenommen. Wegen dieser Schuld wird er eingekerkert. Die Urkunde, die ihn die Erneuerung zum Regenten der neuen Erde läßt, verkündet zugleich, daß Christoph Kolumbus geköpft werden soll.

Das ist eine böswärtige, jeder Historie spottende Mitterung von Ereignissen, deren Wahrheit durch einen diktatorischen Schriftsteller nicht umgedogen werden durfte. Da er gar nichts von seelischen Vorgängen in genialen Menschen ahnt, sieht er nur den Spektakel. Er kloppt den Spektakel oberflächlich und mit aufgepushten

Kaffes neues Verbot.

Wilmars, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Tage nach der Wahl, also am 11. Februar, hätte unser Apoldaer Parteiblatt den Wahlausfall unter der Ueberschrift: „Im Zeichen der Soldateska“ besprochen. In dem Artikel war gesagt, daß scharfster Protest erhoben werden müsse nicht allein gegen die gemeine Kampfesweise der Gegner von rechts und links, sondern auch gegen die Anordnungen der Reichsregierung, die direkt und indirekt in den Wahlkampf eingegriffen habe. Wegen dieser Wahlbeurteilung hat der General Hasse die „Apoldaer Volkszeitung“ am 20. Februar auf zwei Tage verboten. Er will sein Andenken in Thüringen augenscheinlich ganz fest verankern, bevor er endgültig abgerufen wird.

Sozialdemokratie für Reichseinheit.

Gegen die welfischen Sonderbestrebungen.

Hannover, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksrat der Sozialdemokratischen Partei in den Bezirken Oldenburg und Friesland, Aurich, Osnabrück und Bremen-Stadt nahm am Sonntag folgende Resolution an: „Der Parteitag bedauert, daß die Deutsch-hannoversche Partei sich nicht hat entschließen können, ihre Bestrebungen auf die Zerstörung Preußens zu einer Zeit zurückzustellen, in der allein ein starkes Preußen die Reichseinheit und die republikanische Freiheit gewährleisten kann. Er erwartet von allen hannoverschen Parteimitgliedern in Stadt und Land, daß sie in diesem Kampfe gegen die welfische Reaktion geschlossen der Parole der Sozialdemokratischen Partei folgen und die welfischen Spaltungsbestrebungen zurück zu machen.“

Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

In Ergänzung der in der letzten Sitzung des Reichsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten von Regierungseite gemachten Angaben über den Stand der Frage der politischen Gefangenen aus dem Rheinland und Ruhrgebiet erfährt W.B. von unrichtigster Seite noch folgendes:

Aus der in dem französischen Selbstbuch abgedruckten Korrespondenz zwischen der französischen und belgischen Regierung war bereits bekannt, daß französischerseits der Erlaß einer allgemeinen Amnestie zugunsten der politischen Gefangenen aus dem Ruhrkampf grundsätzlich abgelehnt wird, und daß sich die französische Regierung nur zu einer Prüfung im Einzelfalle bereit finden würde. Hierbei ist es auch trotz aller diplomatischen Demarchen unserer auswärtigen Vertretungen geblieben. Infolgedessen blieb nichts anderes übrig, als systematisch zugunsten jedes einzelnen politischen Gefangenen ein Gnadengesuch einzurichten und auf dessen baldige Bewilligung hinzuwirken. Dieser Aufgabe haben sich die deutschen Verteidiger in dankenswerter Weise un'erzogen. Ein gewisser Erfolg ist insofern festzustellen, als sich die Zahl der politischen Gefangenen von 5000 auf etwa 1500 bis 1600 vermindert hat, von denen etwa 500 nach deutscher Auffassung als politische zu betrachten sind. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der größere Teil der inzwischen entlassenen Gefangenen nicht durch einen Begnadigungssatz, sondern durch Ablauf der Strafzeit die Freiheit erlangt hat. Nach einmütiger Ueberzeugung der Verteidiger verbürgt bei der bekanntem schwerfälligen und umständlichen Art des bürokratischen Verfahrens der französischen Militärjustiz allein diese Art der Behandlung eine schnelle Erledigung, da die Entscheidung im wesentlichen auf den General Degoutte im Mainz delegiert worden ist, so daß Einschlagung des diplomatischen Weges über die französische Regierung nur verzögernd wirken würde.

Wenn somit zurzeit noch die überwiegende Mehrzahl der politischen Gefangenen der Obhut innerer Ressorts anvertraut ist, hat das auswärtige Amt schon jetzt eine rege Tätigkeit zugunsten der 44 in französische und belgische Gefängnisse verschleppten Gefangenen entfalten müssen. Von diesen Gefangenen befinden sich 31 in St. Martin de Ré, 9 in anderen französischen Gefängnissen und 4 in Löwen. Da St. Martin de Ré das Sammeldepot für die französischen Verbrecher bildet, die zu Zwangsarbeit verurteilt sind und nach den Verbrecherkolonien in Guyana abtransportiert werden sollen, bestand allgemein in Deutschland die

Worten zusammen. Gelegentlich nur wird etwas Lebendiges spürbar. Wenn Beatrice kurz vor ihrem Tode mit Gott und der magischen Natur Zwiesprache hält, wenn der nackte Mörder und Märtyrer sich im Meeresturm zur Reue befehrt, dann werden Worte von einiger Kraft gefunden. Doch sofort erlahmt alles. Es bleibt nur der Eindruck von etwas sehr Beierem und Ueberflüssigem zurück. Wer jemals die Dokumente zum Leben und Geist des Kolumbus in Händen hielt, seine Briefe an die spanischen Majestäten oder seine metaphysischen Altersbetrachtungen, der kann sich des Räthels über diese bernierne geradezu abenteuerliche Geschichtsverdehnung nicht enthalten. Doch Knaben sich an großen Männern vergehen, ist zu entschuldigen. Auf die Schulbubenfinger muß aber geklopft werden. Tendenztheater, ohne daß die Ehrfurcht vor der Kunst erfüllt wird, ist immer miserabel, mag es nun von links, von rechts oder aus dem Zentrum angaloppiert kommen.

Uebrigens hat Herr Albert Florath, der Regisseur, zahlreiche Künste aufgeboten, um dem Beschauer des Theaters um des guten Glaubens zu helfen. Die Spektakelgenen spielen stets in sehr geschickt verengten und vorzüglich beleuchteten Räumen. Eine gesunde Gärde, Herr Dittler, Herr Wille, Herr Säubinger, Herr Keppeler, besonders auch der schwärzige Herr Krausned, Gerda Müller und Lina Sollen spielen. Lauter falsche Töne, geschwollene Verse und schlimme Rhythmi wurden durch sie in Harmonie verwandelt. Den Ungeist konnten sie nicht in Geist verwandeln.

Noch einmal ist die Jüdringlichkeit des Bühnenvolksbundes, der die Organisationsmethoden der Volkstheater nachahmt, um die echte Kunst durch die Kaplantkunst zu entthronen, mit aller Festigkeit zurückzuweisen. Diese Kapläne, die die Komödie belehren wollen, machen sich mit ihrer redseligen Jüngerchaft im deutschen Vaterlande durch hundert phisirische Traktatreden allzubreit. Wer die Dinge kennt und aus Erfahrung beurteilt, der weiß, daß sie die deutsche Dramatik und die Schauspielerei seit Jahr und Tag schädigen. Das Talent ist dem aufrichtigen Freunde der Kunst willkommen, aus welcher Welt es auch stammen mag. Wer sich ohne die Gottesgabe am Göttlichen veründigt, muß aber beiseiten aus dem heiligem der Kunst verjagt werden. Mag Hochdorf.

Eine erstende Nachricht. Im Gefolge der europäischen Umwälzungen drohte eine Gefahr, die vielen als die endgültige Besiegung des Unsturzes galt: der Gotha sollte eingehen. Die Paläontologie und Genealogie der europäischen Fürstengeschlechter, der Grafen und Freiherren, der uradligen und briefadligen Häuser sollte nicht mehr erscheinen. Das war ein Verbrechen an der Menschheit, das war der definitive Verfall der Kultur! Wo konnte der Diplomat, wie Bismarck noch rief, bessere Vorbereitung finden, als im Gotha, wo er klare Ordnung in den verwinkelten Verwandtschaftsverhältnissen der herrschenden Häuser fand. Und solche Personalfennnis war ein wichtiges Stück seiner Aufgaben. Und wird es, ja hofft

Befürchtung, daß die französische Regierung auch zur Deportation der deutschen politischen Gefangenen schreiten würde. Diese Gefahr ist beseitigt durch bindende Erklärung der französischen Regierung, daß sie an eine derartige Deportation nicht denke. Die Gefangenen in St. Martin de Ré sind im November und Dezember von einem Beamten der Deutschen Botschaft besucht worden. Ein dritter Besuch steht bevor. Außerdem hat ein holländischer Herr die dortigen Gefangenen zu Weihnachten aufgesucht und für sie eine Weihnachtsfeier veranstaltet.

Die 4 Gefangenen in Löwen sind in gleicher Weise von einem Beamten der Deutschen Botschaft in Brüssel besucht worden. Die belgische Regierung hat diesen Gefangenen nunmehr im allgemeinen die Rechte politischer Gefangener eingeräumt.

Auf Grund der Berichte über die Besuche der Gefangenen in den Gefängnissen sind verschiedene Anordnungen zur Erfüllung der Wünsche der Gefangenen getroffen worden. Sie erhalten aus Mitteln des deutschen Roten Kreuzes monatlich je 100 Frank. Ferner hat das deutsche Rote Kreuz dem Gefängnis eine deutsche Bibliothek überwiesen, deren Benutzung den Gefangenen frei steht. Schließlich haben sie ebenfalls aus Mitteln des deutschen Roten Kreuzes warme Unterkleidung erhalten.

Zur Kürzung des Beamtenurlaubs.

Die Regierung sieht sich veranlaßt, den Beschluß des Kabinetts vom 31. Januar auf Kürzung des Beamtenurlaubs zu revidieren. Sie tut dies in Form einer Polemik gegen ein Berliner Blatt, das diese Maßnahme als besondere Härte bezeichnete, zumal sie finanzielle Vorteile für das Reich schon deswegen nicht erbringe, weil die Urlaubsgewährung regelmäßig mit irgendwelchen Kosten nicht verknüpft sei, die Bezahlung der Beurlaubten vielmehr durch Mehrarbeit der Kollegen ermöglicht werde.

Eine gegenseitige Vertretung der Beamten ist besonders bei den Betriebsverwaltungen des Reiches in vielen Fällen nicht möglich, es macht sich vielmehr die Heranziehung zahlreicher Personals zu Stellvertretungen werten notwendig. Das ergibt sich schon daraus, daß allein bei der Reichsverkehrsverwaltung die bisher bestehende, namentlich für die unteren Gruppen der Beamenschaft gegenüber dem Vorzugsstande erweiterte Urlaubsregelung die Mehrreinstellung von rund 30 000 Arbeitskräften notwendig machte. Aber auch bei den Hoheitsverwaltungen ist der Urlaub der Beamten oft mit nicht unerheblichen Kosten verknüpft.

Die Reichsregierung mußte sich daher, so sehr sie an sich geneigt ist, die mißliche Lage der Beamtenchaft nicht noch ungünstiger zu gestalten, zu der Kürzungsmaßnahme entschließen.

In einer weiteren Publikation durch W.B. wird zur Beruhigung der Beamten erklärt, daß das Reichskabinet zunächst den Reichsminister des Innern beauftragt hat, mit der Beamten-Spigenorganisationen und den Vertretern der Landesregierungen über die Regelung des Urlaubs für 1924 auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses in Verhandlungen einzutreten. Erst nachdem das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Reichskabinet vorliegt, wird dieses über die Kürzung des Urlaubs endgültig entscheiden.

Verständigerweise hätte die Regierung zunächst verhandeln und dann entscheiden sollen. Aber der Nachschuß, der in gewissen Regierungskreisen seit dem Auscheiden der Sozialdemokratie heimlich geworden ist, läßt sie erst einen Beschluß verfassen, über den sie nachträglich verhandeln möchten, nachdem er erst eine begründete Verbitterung hervorgerufen hat.

Die Beschwerden der Beamten.

Das Volksbureau verbreitet folgende Meldung: Der Reichskanzler empfing heute mittig die Spigenorganisationen der Beamenschaft zu einer Aussprache über die wichtigsten schwebenden Beamtenträgen. Es wurden insbesondere die Wünsche und Beschwerden über die Personalabbauberordnung und ihre Durchführung, über die Dienstzeit und Urlaubsregelung und über die Beförderung vorgetragen. Der Reichskanzler bilderte in eindringlichen Worten den außerordentlichen Ernst der innen- und außerpolitischen Lage. Er sagte den Spigenorganisationen zu, die Beschwerden zu prüfen, insbesondere die Frage der Schaffung einer Schiedsstelle für den Personalabbau zu erwägen und den Wünschen im Rahmen des finanziellen Möglichen zu entsprechen.

man, wieder einmal sein!) Die Feinheiten der Unterschiede in Rang und Ebenbürtigkeit — dies ganze menschliche Gefühlsleben, das eben nur für den Adel existiert —, wo konnte man sie besser finden als in Gotha. Und nun kommt die erste Kunde: der Gotha erscheinie weiter! Sogar die französische Ausgabe, die sozulager die Creme in diesem Augenblicke ist. Aber freilich, der alte Gotha ist es nicht mehr. Aus dem Hofkammer ist ein diplomatisches Jahrbuch geworden, das auch für gewöhnliche Menschen brauchbar ist (und bereits im vorigen Jahre ein Bildnis Eberis brachte). Der genealogische Hofkammer ist abgehandelt worden. Aber die Hauptsache ist, daß alles wieder erscheint. Die Uradligen und die gewöhnlichen Briefadligen können sich weiter einbilden, daß ihre Stammbäume Gegenstand des öffentlichen Interesses sind. Das Schillertheater spielt weiter. Aber daß es nur Spul bleibt, dafür ist gesorgt.

Aus der Werkstatt eines Kulturfilms. Am 11. am Rollendorfplatz demonstrierte am Montag Dr. Verfuß an Hand zahlreicher hochinteressanter Filmausschnitte die Arbeit, Mühe und Ausdauer, die namentlich in den Aufnahmen, die für einen Kulturfilm notwendig sind, stecken. Das große Publikum hat von allen dieser Schwierigkeiten meist keine Ahnung. Tierbeobachtungen, Pflanzenaufnahmen, die Blüten und Bergehen veranschaulichen, geographische Aufnahmen, wissenschaftliche Kurbelungen stellen aber außerordentliche Ansprüche an die Geschicklichkeit und Beobachtungsfähigkeit der Aufnehmenden. Besonders interessant waren Verfuß' Ausführungen über die Zeitlupe (Verlangsamung und Zerlegung von Bewegungen) und über den Zeitraffer (Beschleunigung langsamer Bewegungen und Naturerscheinungen) Auch der nach geländerscher Vorlagen ausgeführte Trickfilm gehört hierher; etwa der nach bewegten Scherenschnitten hergestellte Film. Es wurden im Filme u. a. vorgeführt: die Fütterung einer Riesenschlange, das Wachstum von Blumen eine Sonnenfinsternis, das Alchemiedrösemärchen und die lustige Geschichte vom Haken und Schweigel. Alle Darbietungen waren ebenso unterhaltend wie belehrend.

Paul Cassirer, Viktoriastraße 35, bereitet eine Sonderausstellung vor, in der eine Auswahl der besten Werke von Liebermann, Slevogt, Trübner und Schuch gezeigt werden soll, die im Laufe der künftigen Tätigkeit des Hauses aufbewahrt waren. Die Ausstellung wird nur 12 Tage offen bleiben, da die Bilder nicht länger entbehrt werden können.

Dietrich-Dachler. Am 20. d. M., abends 8 Uhr, findet im Wiltner-Saal ein Einmalig-Konzert mit dem Berliner Violoncellisten Dietrich-Dachler: Camillo Gleditsch, statt. Solist Kammerorganist Robert Gull.

Der Erfinder der Selbstschußmaschine, General Dr. Wilhelm Schmidt, ist kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres in Cassel gestorben.

Ein Theaterfest in Wien. 64 Votek ergaben die am 15. d. M. vorgenommenen Wahlen bei den Wiener Theatern beschließen die Vereinstheater sämtlicher Provinzen einen einlässigen Generalstreik als einem noch zu bestimmenden Tage.

Gotha ein Spanier? Ein Herr von Cabello Tobiada über Christoph Columbus hat in Madrid besonders Aufsehen erregt, da er darin mit Dokumenten zu beweisen vermag, daß Columbus in Ponte Vedra geboren und daher Spanier und nicht Italiener ist. Dieser Paul Columbus als geborener Genueser.

Kadels Rechtfertigung.

Wer ändern eine Grube gräbt . . .

Erst jetzt wird uns der Wortlaut der Erklärung zugänglich, die Kadel auf der russischen Parteikonferenz gegenüber den Angriffen Einowjews abgegeben hat. Die Erklärung zeigt Kadel in voller Defensiv- und man darf sich nicht darüber täuschen, daß auch in der deutschen Kommunistischen Partei die Rechte zurzeit in eine hoffnungslose Minderheit verwanbelt worden ist. Ehe bei den Kommunisten wieder Vernunft einzieht, werden sie manche Enttäuschung erleben müssen. Der Honigmond der neuen Hochzeit zwischen Koenen und Ruth Fischer wird von den deutschen Arbeitern mit neuen Niederlagen bezahlet werden müssen. Trotzdem ist Kadels Erklärung auch heute politisch keineswegs bedeutungslos. Nach der Uebersetzung der Impretror. erklärt Kadel folgendes:

1. Die Beschlüsse der 3R. beweisen, daß jene Genossen, die angenommen hatten, daß meine Differenzen mit der Mehrheit des 3R. in der deutschen Angelegenheit die Frage der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Rückzuges der KPD. vom 21. Oktober betreffen, im Unrecht waren. Das 3R. der KPD. wie auch das 3R. der Kommunistischen Internationale haben unambiguös anerkannt, daß die KPD. richtig gehandelt hat, als sie angesichts der überlegenen bewaffneten Kräfte des Feindes und der Zersplitterung der Hauptkader der Arbeiterklasse einem bewaffneten Zusammenstoß ausgewichen ist.

2. Die Behauptung des Politischen Bureaus, daß meine Ansicht über die Bedeutung der Meinungsverschiedenheiten im Lager des russischen Faschismus für die Entwicklung des Machtkampfes der Arbeiterklasse eine opportunistische Ansicht sei, stellt ein Beispiel der Unfähigkeit dar, den Leninismus auf die deutschen Verhältnisse anzuwenden. In den „Kinderkrankheiten“ sagt Lenin folgendes:

„Einen mächtigen Feind besiegen, kann man nur bei größter Anspannung der Kräfte und bei unbedingter, sorgfältiger, vorläufiger, geschickter Ausnutzung eines jeden — wenn auch des kleinsten — „Risses“ zwischen den Feinden, eines jeden Interessengegensatzes zwischen der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, so auch einer jeden — wenn auch der kleinsten — Möglichkeit, sich einen Verbündeten zu erwerben, wenn auch nur einen zeitweiligen, schwachen, unbeständigen, unzuverlässigen, bedingten. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht ein Gramm von Marxismus und vom wissenschaftlichen heutigen „zivilisierten“ Sozialismus überhaupt begriffen. Wer nicht praktisch während einer ziemlich bedeutenden Zeitspanne und in ziemlich verschiedenen politischen Lagern erweisen hat, daß er es versteht, diese Wahrheit in der Praxis anzuwenden, der hat es noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampfe um die Befreiung der ganzen werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen. Das Geklatze bezieht sich in gleicher Weise auf die Periode vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“

Der einzige Massenverbündete, den das Proletariat in Deutschland gewinnen kann, ist die Dorfarmut und das bäuerliche Kleinbürgertum. Hinsichtlich des letzteren mußte Genosse Einowjew anerkennen, daß es in der deutschen Revolution gewissermaßen die Rolle spielt, die in Rußland die Bauernschaft gespielt hat. Von kann das Kleinbürgertum nicht anders gewinnen als durch die mildernde, zähste Ausnutzung der Widersprüche zwischen der gutbesitzlichen und kapitalistischen Führung des Faschismus und der kleinbürgerlichen Masse, die vom Faschismus ihre Rettung erwartet, in Wirklichkeit aber von ihm proletarisiert wird.

3. Der Behauptung des Politischen Bureaus, daß meine Organisationspolitik objektiv zur Spaltung der KPD. führe, daß ich mich auf den rechten Flügel der Partei stütze und die Linke abstoße, widersprechen wichtige Tatsachen: Zur Zeit des Leipziger Kongresses der KPD. im Januar 1923 wurden die Vertreter der Linken nur dank meinem Zutreten in die Zentrale aufgenommen. Im Sommer 1923 stimmte ich für die Verstärkung der Linken in der Zentrale der KPD., im September 1923 stimmte ich in der Exekutive gegen die Enthebung der linken Führer der Berliner Organisation von ihren Posten. Nur auf meine ausdrückliche Forderung wurden zwei Vertreter der Linken in die führende Körperschaft der KPD. aufgenommen. Wogegen ich auftrat und aufreien werde, das ist die ideale Kapitulation vor der Taktik der uneligen, Scheinradikalen, linken Führer, das ist die Liquidierung der Einheitsfronttaktik in der Form, wie diese Taktik noch des Widerstandes Einowjews unter der Führung Wladimir Iljitschs im Jahre 1921 angeleitet wurde. Jener Teil der KPD., von die Resolution des Politischen Bureaus den rechten Flügel der KPD. nennt, ist die Kerntruppe der Partei, die schon 1911 in Kämpfen gegen Kautsky aufwuchs, die ganze Last des illegalen Kampfes des Spartakus-Bundes gegen den Krieg auf ihren Schultern trug, die Kommunistische Partei im Jahre 1918 begründet hat und von Bürgerkrieg in den Jahren 1919 und 1920 führte. Mit dieser Gruppe, die von den nächsten Mitarbeitern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, von den Genossen Brandler, Piesch, Thalheimer, Balcher und Clara Zetkin geführt wird, war und ist ich im wesentlichen solidarisch.

Für Kadel mag es bitter sein, daß er trotz seiner viel größeren Kenntnisse der deutschen Verhältnisse jetzt von Einowjew so an die Wand gedrückt wird. Vielleicht überlegt er sich im Stillen, daß ihm, der im Frühjahr 1921 selbst die Linksschwärzung der KPD. vorbereiten half, jetzt nichts anderes zuzüht als was er damals in seinem Kampfe innerhalb der deutschen Zentrale gegen Clara Zetkin, Paul Levi und die anderen „Rechten“ durchzuführen versuchte. In die Grube, die er damals anderen grub, ist er jetzt schließlich selbst gefallen.

Die baltische Konferenz.

Warschau, 19. Februar. (Zl.) In dem amtlichen Kommuniqué über die baltische Konferenz wird gesagt, die Konferenz habe die Notwendigkeit erkannt, daß von den an ihr teilnehmenden Staaten eine friedenserhaltende Politik auf der Grundlage der bestehenden Verträge betrieben werde, wie auch daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen vier Staaten noch enger geknüpft werden müssen. Die Konferenz hat den Plan eines gemeinsamen Schiedsgerichts angenommen, der nach seiner Approbation durch die einzelnen Regierungen demnächst unterzeichnet werden wird. Außerdem beschloß die Konferenz, die Bestrebungen zu einer Verdichtung der wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abschluß neuer Verträge und Uebereinkommen fortzusetzen, in allen völkerrechtlichen Angelegenheiten gemeinschaftlich vorzugehen, die Arbeit der Presse durch Verbesserungen des Nachrichtenverkehrs zu erleichtern, die intellektuellen, wissenschaftlichen, sportlichen und touristischen Beziehungen zueinander zu fördern und demnächst eine Sonderkonferenz einzuberufen, die sich mit Fragen der Jurisdiktion befassen soll.

Der Untergang der „Dixmuiden“.

Paris, 19. Februar. (Gca.) Im Ministerrat berichtete der Marineminister über die Schlußfolgerungen der Berichte der Untersuchungskommission über den Verlust des Luftschiffes „Dixmuiden“. Diese Schlußfolgerungen werden veröffentlicht werden, nachdem die Marinekommission der Kammer und dem Senat davon Kenntnis gegeben haben. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß die Schlußfolgerungen keine genauen Vorwürfe für Maßnahmen gegen die für den Verlust der „Dixmuiden“ verantwortlichen Verantwortlichen umfassen.

Mehr Schulpflanzgärten.

Der drohende Schulabbau in Form der Kautzstellung von etwa 25 Proz. der Lehrkräfte und der Zusammenlegung von Schulklassen mit einer Normalklasse von mindestens 60, möglicherweise sogar 70 bis 80 Schülern, erfordert dringend einen Ausgleich nach anderer Richtung. Es bedarf gar keiner Frage, daß vor allem in der Großstadt bei solcher Einsparung neben der Schulausbildung auch die Gesundheit gefährdet ist. Die Zimmerluft wird bei so vielen in einem Raume versammelten Menschenkindern nicht besser, die Uebertragung von Krankheiten ist leichter möglich, die geistige Spannung von Lehrern und Schülern erlahmt schneller. Darum muß alles getan werden, diese Gefahren abzuwehren. Das kann zum Teil auch erreicht werden durch die außerhalb der Schule gelegenen Schulpflanzgärten, deren Zahl aber in Berlin noch viel zu gering ist, um den erstrebenswerten Ausgleichserfolg in größerem Maßstabe herbeizuführen. Man zögere nicht und baue jetzt an. Städtische Gelände, die ganz oder fast brach liegen und sich zur Anlage neuer Schulpflanzgärten eignen, sind sicher zu finden, wenn man sie mit geschickten Augen sucht. Die Einrichtungen sind heute nicht mehr so erheblich und dürfen gegenüber den gesundheitlichen und erzieherischen Vorteilen bei allen sonstigen Sparmaßnahmen nicht ins Gewicht fallen. Besser ist es schon, auf eine Lagerplatzmiete zu verzichten und dafür Hunderten von Kindern das körperliche und seelische Gedeihen zu erleichtern. Die Ansichten über den Wert von Schulpflanzgärten sind ja in pädagogischen Kreisen und bei der Berliner Schulverwaltung noch geteilt, vielleicht nur deshalb, weil mancherlei Uebelstände hervorgerufen. Wo zeigen sich aber keine Unstimmigkeiten bei neu erschlossenen Kulturgebieten? Insbesondere darf die immer noch nicht ganz abgeklungene Jugendverwilderung, die sich gelegentlich auch in die Schulpflanzgärten verirrte und manchmal nicht mit Ruhe gewappneten Lehrern die Lust zur Mitarbeit schmälerte, kein Grund sein, einer so gemeinnützigen Sache untreu zu werden. Im Gegenteil ist für den nützlichsten und unbesangenen Beobachter, der sich nicht an Kleinigkeiten und Zwischenfällen in übertriebener Sorge festhält, der Schulpflanzgartenbetrieb das Sprungbrett gewesen, kindliche Ausgelassenheit in geordnete Bahnen zu leiten, wobei natürlich immer außerordentlich viel auf die Auswahl der beaufsichtigenden Lehrkräfte oder sonstiger Aufsichtspersonen ankommen wird. Neben dem naturkundlichen Anschauungsunterricht im Freien und der Anleitung zu kindgärtnerischer Selbsttätigkeit blieb doch ein weiteres Hauptziel: Schule und Straße durch den Schulpflanzgarten zu erschließen, sogar am Vormittag während des Unterrichts, wo es die örtliche Lage des Schulortes ohne lange Wege gestattet. Erfahrungsgemäß war die Klasse sofort kernfester, geistig elastischer, nachdem sie eine halbe oder ganze Stunde in nahe Schulpflanzgärten verweilt hatte.

Gerade jetzt ist es noch Zeit, mit kräftiger und schneller Organisationsarbeit einzulegen, um im Frühjahr gerüstet zu sein. Es wird erfreulichweise für unsere heruntergewirtschafteten Kinderkörper und Kinderseelen soviel Gutes getan. Möge auch für diese schöne Seite des Kinderlebens und Kindergedeihens etwas mehr abfallen!

Die heutige Mondfinsternis.

Heute werden wir von den fünf Finsternissen, die das Jahr bringt, die erste „genießen“ können. Die totale Mondfinsternis beginnt um 3 Uhr 18 Min. nachmittags und ist bis 6 Uhr 58 Minuten sichtbar. Um 4 Uhr 20 Minuten wird der Mond total verfinstert sein. Die Totalität dauert von 4 Uhr 20 Min. bis 5 Uhr 57 Minuten nachmittags und hat zur Folge, daß der Mond bei uns bereits als verfinsterte Scheibe aufsteht. Wer die heutige Mondfinsternis gut beobachten will, der tut auf, sich einen Standpunkt zu suchen, von dem er einen Ueberblick über den Osthorizont erhält. Hierfür kommt z. B. das Tempelhofer Feld in Frage. Im übrigen erstreckt sich die Finsternis außer über Europa auch über den äußersten nordwestlichen Teil von Nordamerika, Australien, Asien und den größten Teil Afrikas. Für Deutschland geht der Mond nach der Finsternis unter. Auch die übrigen vier Finsternisse werden total verlaufen. Die zweite Mondfinsternis, die am 14. August stattfindet, werden wir ebenfalls gut verfolgen können.

Verdunstene Bilder und Skulpturen.

Kunsthändler Gerstel unter der Anklage des Bilderbetruges.

Ein umfangreicher Unterschlagungsprozess begann heute vor der Hilfsstrafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Witting gegen den bekannten Kunsthändler Friedrich Gerstel. Die Verhaftung Gerstels erregte vor Jahresfrist großes Aufsehen.

Gerstel besaß seit mehreren Jahren eine Kunsthandlung am Steinplatz und veranstaltete große Ausstellungen. Er hatte kommissionsweise in der Zeit von 1917 bis 1922 demnach Bilder und Skulpturen zum Verkauf übernommen. Nach der Anklage wird Gerstel nun beschuldigt, den Kaufpreis der ihm zu treuen Händen übergebenen Kunstwerke unterschlagen zu haben. Wenn einer der Auftragsgeber seine Bilder zurückhaben wollte, erhielt er stets ausweichende Antworten. Anfang Juli 1922 verkaufte Gerstel plötzlich seine Ausstellungsräume und verschwand von der Bildfläche. Nach seiner Verhaftung harrte es geradezu Strafanzügen gegen ihn. Künstler, die um den ganzen Ertrag ihrer Arbeit gekommen waren, Privatleute, die in der Zeit der Not sich durch den Verkauf ihrer Kunstschätze über Wasser zu halten hofften, stellten Strafklagen gegen den Angeklagten. In einem Koffer am Steinplatz wurden 26 Bilder aufgefunden, doch ist ein großer Teil der in Kommission annehmenen Kunstwerke einfach verschwunden. Der Anklage Gerstel, der von Rechtsanwalt Dr. Bronstl verteidigt wird, ist nach dem Gutachten von Medizinalrat Dr. Thiele ein schwerer Nervenleiden und demnach auf der Anklagebank sehr außerordentlich. Er läuft hin und her, verhält sich in Reinkrämpfen und zeigt manchmal wieder höchstes Interesse für die Verhandlung. Gerstel bestreitet, eine Straftat begangen zu haben. Er sei vor dem Verbrechen in den bescheidensten Einkommenverhältnissen gewesen und habe 400 000 M. — damals ein unvorstellbarer Betrag — verloren. Außerdem sei er einem Schwindler in die Hände gefallen. Durch Kofeln und Morphem, auch sei er vollends zusammengebrochen und habe keine Kunsthandlung verkauft. Seine Vermögenslage sei jetzt so, daß er jederzeit die Verbindlichkeiten decken könne. Die in dem Koffer aufgefundenen Bilder gehörten ihm persönlich. Eine Anzahl Frauen schritt auch, doch Gerstel Unterschlagungen vorzunehmen habe. Andere Zeugen dagegen erklärten, daß sie bis heute noch keinen Pfennig von Gerstel erhalten hätten.

Die Propaganda der Montessori-Freunde.

Die Montessori-Freunde sind im Januar und Februar unabhätig tätig gewesen um Anhänger für eine Erziehungsmethode zu werben, die für die Erhaltung des Kindes freie Bahn schafft. Sie haben bereits die Grundrissen für ein neues Montessori-Kinderhaus in Berlin erstellt. In dem ersten Kinderhaus, Gemeindefaule III, Wilmersdorf, nach der Straße, können wieder die Anhänger und Anhängerinnen der Montessori-Methode hinführen. In dem Kinderhause ist ebenfalls ein reges Interesse für die Erziehung und den Unterricht in der Montessori-Methode erwacht. Am 23. Februar, abends 8 Uhr (Sonabend), wird Frau Dr. med. Bergmann im Bürgerhaus des Berliner Rathauses, Rönnestraße, über: „Die Montessori-Schulen in Amsterdam“ sprechen. Sie wird ihre Beobachtungen als Kinderärztin den Mit-

gliedern vortragen und sie hofft, daß gerade Kergie, die sich mit dem geistigen Leben der Kinder intensiv beschäftigt, ihren Darlegungen aufmerksam folgen werden. Frau Dr. Montessori ist eine Kergin, und ihre Erfahrungen als Medizinerin haben ihr den Weg zu einer Erziehungsmethode gewiesen, die eine tiefgehende Umwälzung in der Pädagogik hervorgerufen wird.

Der „Hypnosefall“ Dr. Achelis.

Zu dem bekannten „Hypnosefall“ des Dr. Achelis, der im „Vorwärts“ eingehend behandelt wurde, verbreitet der Verteidiger des Angeklagten Dr. A. durch WTB. einen Brief, der geeignet ist, die ganze Angelegenheit zu klären. Der Brief, der 4 Wochen vor der Einleitung des „Falles“ an einen Dr. G. nach Rom geschickt wurde, lautet:

Lieber Kurt! Wie gern hätte ich Dir zu Weihnachten geschrieben oder Dir noch irgend etwas geschenkt, aber der Kinoroman, in den ich hier verwickelt wurde, ließ es nicht zu. Also: Kurt Frommann, an sich schwer überarbeitet und vor dem Nervenzusammenbruch, verliert durch Bankrott zweier Berliner Banken den größten Teil seines Vermögens. Regelmäßig krank, macht er im Dämmerzustande noch große Abschlässe, bei denen er selbstlos berogen wird. Resultat: Nervenkatastrophe, fünf Tage bestmungslos gelegen, akuter Verlust des Augenlichts. Zu Hause glaubte man ihn pleite und wendet sich in ungläubigster Brutalität von ihm ab und verweigert sogar die Bezahlung der Klinikrechnung in Grünberg, wo er zehn Tage lang liegt. Sein Schwager, geriffenes Nilou, bahrt (damalige Auslage Kurt Frommanns) dahin, ihn zu entmündigen und in die Nervenheilanstalt zu verschleppen. Dies ist die Situation, die ich in Grünberg vorfand. Ich erklärte mich bereit, für die Arztrechnung einzustehen, nehme ihn unter den Arm und schleppe ihn nach Berlin zu meinen Eltern, wo er augenblicklich liegt. Niemand sonst weiß, daß seine geheimen Voluten und Devisenseparatkonten einschließlich des Vermögens meiner Eltern intakt sind. Ich spiele Privatsekretär und werde gemeinsam mit ihm den Boden wieder in Gang bringen. Wegen der Augen werde ich Hochärzte, Körper und vielleicht Glieder, in Gang bringen. Ich hätte mich selbst im Falle völligen Bankrotts, den ich auch anfangs annehmen mußte, mit meinem Rest von Kapital für Kurt Frommann eingesetzt. Daher war das Ganze eine entsprechende Nervenbestätigung. Jetzt sehe ich ebenfalls mein Revival ein, bis Kurt Frommann an seine Konten heran kann. Es besteht aber keine Gefahr für eine wirtschaftliche Existenz, was mich tief und innig freut.“ — Aus diesem Briefe geht hervor, daß sämtliche Anschuldigungen betreffs anhypnotisierter oder anhypnotisierter Blindheit unwehrbar sind. Dr. Achelis nahm sich danach des hilflosen und verlassen Kurt Frommann an. Er trug von Anfang an Sorge, ihn in sachgemäße ärztliche Behandlung zu bringen, und hatte die Absicht, durch Wiederherstellung des Kurt Frommann des durch den Bankrott gefährdeten Vermögens der Eltern Achelis, das den Gebrüdern Frommann zur Vermögen anvertraut war, zu retten. Dr. Achelis hatte ferner die Absicht, nach der Genesung Kurt Frommanns mit diesem die geschäftlichen Pläne aufzunehmen zu deren Beförderung er nach Grünberg gefahren war. Aus diesem Tatsachenmaterial ergibt sich der geklarte Verlauf der späteren Ereignisse. Die Eltern Frommanns erklärten sich mit offen von Dr. Achelis unternommenen Schritten betreffs ihres Sohnes einverstanden, sie weigerten sich aber, ihm auch nur eine feiner Auslagen für Kergie und Unterhalt zu erlegen.

Vom Schicksal verfolgt.

In der vergangenen Woche hatte ich, wie wir berichteten, in den Ostbayer Alpen ein Bawinenunglück zu erleben, dem fünf Berliner Touristen zum Opfer gefallen waren, darunter eine Frau Begener. Der Bruder der Bergungsführer, ein Berliner Kaufmann Zimmer, hatte sich, wie die „Vollst. Zeitung“ berichtet, nach dem Unglück begeben, um die Leiche seiner Schwester abzuholen; sie wurde in einem Eisübertage auf der Strecke München—Bamberg—Jena—Berlin befördert und der Bruder hatte die Erlaubnis erwirkt, den Transport zu begleiten. Es war aber derleiße Zug, der, wie wir schon berichteten, jenseits des Rennsteigs im Thüringer Wald ins Rollen kam und bei Ludwigsstadt abfuhr. Einige Wagen gerieten in Brand und der unglückliche Kaufmann Zimmer verbrannte mit der Leiche seiner Schwester. Die Schwester hinterlassen eine in Neu-Tempelhof wohnende alte Mutter, die blind ist.

Auf der Hochbahn schwer verunglückt.

Die geradezu furchterlichen Zustände, die auf der Hochbahn herrschen, werden durch einen schweren Unfall illustriert, dem am Dienstagabend der 24 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Kohnstruck aus Nieder-Schelde im besetzten Gebiet zum Opfer gefallen ist. In einem starken Gedränge auf dem Bahnhof Bülowstraße glitt er aus, geriet unter einen Zug und wurde so schwer verletzt, daß er nach dem Krantenhaufe am Urban gebracht werden mußte. Geradezu kanibalische Szenen spielten sich besonders an den Sonnabenden, wenn die Fabriken und Bureau am frühen Nachmittag schließen, auf dem Untergrundbahnhof Belle-Alliance-Platz und dem Umsteierbahnhof Reinischer Straße der Nord-Süd-Grundbahn und die Polizei zu fragen: Da steht doch nichts vis-a-vis?

Verleitet-Verleitetend, Gruppe Reußlin, Seite 74, Uhr, Scherke, 44: Vortrag und Ansprache über: „Die Nitroingsfab.“. Gdte willkommen!

Berliner Schulnotarinnen-Kauf, Seite Mittwochabend 5 Uhr im Hauptbahnhof Belle-Alliance-Platz, 7-10: Vertreterversammlung, Tagesordnung: 1. Abbau der Lehrerschaft, 2. Stellungnahme zur den internationalen Beziehungen gegen die weltlichen Säulen. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Sport.

Lorenz-Krupkat Sieger der Breslauer Sechstage. Der letzte Tag brachte keine Ueberforderungen mehr. Das Haus war wieder recht gut besetzt. 11 Mannschaften lagen noch im Rennen in den letzten 24 Stunden. Auch die Nachmittagswertung um 14 Uhr brachte keine Veränderung mehr. Um 7 Uhr abends wurden die drei Mannschaften, die eine Runde zurück waren, aus dem Rennen genommen. Bis zur letzten Stunde, d. h. in der 144. Stunde, war die Gesamtdistanz bereits größer als die des letzten Berliner Sechstagerennens und zwar war die 4000-Kilometer-Strecke überschritten. In der 145. Stunde, also von 9 bis 10 Uhr abends, wurde 21mal gespurt. Jedesmal ring es im flotten Tempo über die Bahn. Bis um 10 Uhr drei Schiffe das Ende des Sechstagerennens verließen, war das Gesamtergebnis folgendes: Sieger: Lorenz-Krupkat 292 Punkte. 2. Oliveri-Tonani 251. 3. Stabe-Galle 217 Punkte. 4. Hufsch-Rohf 177 Punkte. 5. Hahn-Tich 175 Punkte. 6. Kofellen-Schrevel 121 Punkte. 7. Storm-Blekmolen 78 Punkte. 8. Thomas-Brend 48 Punkte. In der letzten Stunde wurden 39 600 Kilometer zurückgelegt, die Gesamtdistanz des Sechstagerennens beträgt 4087,800 Kilometer.

Reit- und Fahrturnier. Am Dienstagab 9 Uhr fand im Tatterfall-Beckenmann die Vorbereitung für den Landstrier-Veich statt. Am Abend war der Sport-Balken sehr gut besucht und namentlich das letzte Ereignis, das mehrere Werbe-schierlos abholierten, brachte interessante Momente. Morgens 10 Uhr: 1. Abteilung: 1. Rußland (H. Sebig), 2. Paul, 3. Dulan. Tot: Sieg 12-10 (Rittmetrie mit Fängerin). Pl.: 14, 15, 19. 2. Abteilung: 1. Linad (Unteroffizier Forger), 2. Hinnerig, 3. Samson III. Tot: Sieg 13-10. Pl.: 12, 13, 15, 16. 3. Abt.: 1. Kofell (Unteroffizier) 2. Kofell 3. Zaratuel, 4. Kofell. Tot: Sieg 15-10. Pl.: 23, 27, 19, 16. Kitzgeprels 1. Abt.: 1. Grant (Hof), 2. Ruford, 3. Naibe. Tot: Sieg 17-10. Pl.: 29, 45, 23. 2. Abt.: 1. Haus-rell (Hof), 2. Tomann, 3. Kofelle, 4. Saldia. Tot: Sieg 20-10. Pl.: 20, 21, 14, 20. 3. Abt.: 1. Perzog (Hof), 2. Eblinger, 3. Eblinger, 3. Quastnermeister, 4. Linad. Tot: Sieg 22-10. Pl.: 29, 43, 29. Cuffine-Preis, 1. Abt.: 1. Kofell (Hof), 2. Kofell, 3. Kofell. Tot: Sieg 21-10 (Rittmetrie mit Granit) 21, 23, 26.

